

	<b>177.Vollversammlung der AK Wien am 11.05.2021</b>
<b>FSG</b>	<b><i>Deutsch wirksam fördern mit dem "AK-Sprachschlüssel"</i></b>
<b>Antrag 14</b>	
<b>Annahme</b>	<b>Ausschuss für Bildung und Kultur</b>

Der Antrag hat die wesentlichen Kernforderungen der Arbeiterkammer Wien im Hinblick auf die Umgestaltung der bestehenden Deutschförderung an Schulen entsprechend des AK-Sprachschlüssels eingebracht.

Zur weiteren Verfolgung dieser Forderung wurde von der AK Wien Kontakt mit der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Bildung aufgenommen, bislang ohne Erfolg. Darüber hinaus wurden – selbst auf explizite Anfrage – die Sozialpartner auch nicht in das Sounding Board der vom BMBWF beauftragten Evaluierungsstudie zu den Deutschförderklassen eingeladen.

Vor dem Hintergrund dieser fehlenden Gesprächsbasis hat die AK Wien im Oktober 2022 die Ergebnisse einer von ihr beauftragten Studie des Instituts für Germanistik zu den Erfahrungen von betroffenen Eltern, Schüler:innen und Lehrkräften an einer Wiener Volksschule in einem Pressehintergrundgespräch mit Journalist:innen diskutiert. Dabei wurde auch auf die unterschiedliche Bedürfnislage geflüchteter Schüler:innen aus der Ukraine (als Quereinsteiger:innen) gegenüber in Österreich aufgewachsenen Kindern deutlich gemacht und die Forderungen des AK-Sprachschlüssel vorgestellt. Zur weiteren Verwertung hat die AK Wien zwei kurze Erklärvideos für die Verwendung auf Website und sozialen Medien erstellt, welche die zentralen Studienbefunde und den AK-Sprachschlüssel weiter publik machen.

Als ein kleiner Erfolg der langjährigen interessenpolitischen Arbeit kann ein 2022 seitens der Bundesregierung gefasster Beschluss angesehen werden, der Schulen künftig Finanzmittel für weiterführende Deutschförderung nach dem a.o. Status zur Verfügung stellt. Damit wurde einem zentralen Anliegen des AK-Sprachschlüssels nachgekommen, nämlich nach einem kontinuierlicheren Förderkonzept statt kurzfristiger Ressourcenbündelung in getrennten Deutschklassen. Dieser Beschluss dürfte maßgeblich auf die nunmehrige Beteiligung der Grünen in der Regierung zurückzuführen sein.

Weiteren Anlass für eine öffentliche Auseinandersetzung um den Status Quo der Deutschförderklassen wird die Veröffentlichung einer vom BMBWF beauftragten Evaluierungsstudie unter der Leitung von Univ.-Prof.in Christiane Spiel bieten, die gegen Jahresende in Aussicht gestellt wurde.